

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Guido Seidler in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Silberexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 Spalten
Colonette oder deren Raum 15 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Nr. 39.

Donnerstag, den 3. April 1919

Postfachnummer
Frankfurt (Main) Nr. 1011

13. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 272.

Armer. Stab.

Befähigung von Fabrikanten.

Jede Fabrik- oder Fabrikationsperson, die mit einem Auftrag des Kommandierenden Generals der X. Armee oder mit einer von der Fabrikationsabteilung der X. Armee ausgestellten Vollmacht versehen ist, hat das Recht, eine Fabrik zu besichtigen.

Die Betriebsleiter sind verpflichtet, bei den Besichtigungen Entgegenkommen zu zeigen. Den Fabrikanten steht es frei, ihre Fabriken von den Vertretern der Industrie- und Handelskammern der verbündeten Nationen, mit denen sie in Geschäftsverbindung stehen, besichtigen zu lassen. In jedem anderen Fall werden sie nicht verpflichtet sein, ihre Fabriken besichtigen zu lassen.

Der militärische Beamte.

Nr. 273.

Hausdurchsuchungen von Einheimern.

Die Polizeiverordnung vom 13. August 1903, Art. 13, Abs. 1, Nr. 1, ist für 1919 betr. den Besatzungsstand bei Hausdurchsuchungen in der Provinz Hessen-Kassel erlassen. Sie ist auch auf die Provinz Hessen-Kassel und die Provinz Pommern anzuwenden.

Nr. 2. 897.

Der Landrat.

Nr. 274.

Sch. erinnere an die rechtzeitige Einreichung der Berichte betr. die Beschäftigung der von den Gemeinden aufgenommenen Arbeitslosen und Angabe der Zahl der damit beschäftigten Arbeiter. Täglich am Freitag jeder Woche.

Wiesbaden, den 27. März 1919.

Demobilisierungsausschuss für den Landkreis Wiesbaden.

Nr. 275.

Die Herren Bürgermeister werden an die rechtzeitige Einreichung der Nachweise über die im Monat März gezahlten Unterhaltungen an Gewerbesteuer erinnert. Nach dem 5. ds. Ms. eingehende Nachweise können für die Rückzahlung nicht mehr berücksichtigt werden.

Wiesbaden, den 2. April 1919.

Demobilisierungsausschuss für den Landkreis Wiesbaden.

Nr. 276.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 5 des Reichsgesetzes über die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 wird für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Wiesbaden der Preis:

a) für einen Halb Roggenbrot, gleichviel in welcher Form gebacken, im Gewicht von 2150 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 1,25 Mark,

b) für einen Halb Weizenbrot (Kranzbrötchen) im Gewicht von 1650 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 0,70 Mark

festgelegt.

Diese Befestigung tritt am 7. April d. J. in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die Befestigung vom 26. November 1918 aufgehoben.

Wiesbaden, den 1. April 1919.

Namens des Kreisaußenbüros.

Der Vorsitzende.

S. B. Schmitt.

Nr. 277.

Polizei-Verordnung.

betr. die Verbringung der Leichen in die Leichenhalle des städtischen Friedhofes.

Auf Grund des § 5 des Reichsgesetzes über die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 wird für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Wiesbaden der Preis:

a) für einen Halb Roggenbrot, gleichviel in welcher Form gebacken, im Gewicht von 2150 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 1,25 Mark,

b) für einen Halb Weizenbrot (Kranzbrötchen) im Gewicht von 1650 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 0,70 Mark

festgelegt.

Diese Befestigung tritt am 7. April d. J. in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die Befestigung vom 26. November 1918 aufgehoben.

Wiesbaden, den 1. April 1919.

Namens des Kreisaußenbüros.

Der Vorsitzende.

S. B. Schmitt.

Nr. 278.

Polizei-Verordnung.

betr. die Verbringung der Leichen in die Leichenhalle des städtischen Friedhofes.

Auf Grund des § 5 des Reichsgesetzes über die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 wird für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Wiesbaden der Preis:

a) für einen Halb Roggenbrot, gleichviel in welcher Form gebacken, im Gewicht von 2150 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 1,25 Mark,

b) für einen Halb Weizenbrot (Kranzbrötchen) im Gewicht von 1650 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 0,70 Mark

festgelegt.

Diese Befestigung tritt am 7. April d. J. in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die Befestigung vom 26. November 1918 aufgehoben.

Wiesbaden, den 1. April 1919.

Namens des Kreisaußenbüros.

Der Vorsitzende.

S. B. Schmitt.

Nr. 279.

Die Polizei-Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, 8. März 1919. Die Polizei-Verwaltung. B. G.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Neue Bedrängnis.

Folgender Bericht über die Lage im Reich geht der „Köln. Volkszeitung“ zu Berlin zu:

Aus allen Ecken des deutschen Reiches kommen Nachrichten über Streikbewegungen, Unruhen und angeblich bevorstehende

Isartafische Rutsche. Die Forderungen der Streikenden in allen Industrie- und Bergwerks-Betrieben sind fast überall gleichlautend und die politischen Forderungen laufen auf die Entlassung der Polizei, der Sicherheitswehr, Entfernung der Regierungstruppen, Einführung von Betriebsräten und politische Verankerung des Räte Systems hinaus. Die wirtschaftlichen Forderungen erstrecken sich auf die Einführung der Sechsstundenarbeitszeit, Kohnerhöhung sowie Besserung der Lebensmittellieferung. Besonders die Lebensmittellieferung scheint in vielen Gegenden der Reichs zu Unruhen zu sein.

An hiesiger amtlicher Stelle hat man den Gesamteindruck, daß die Verhältnisse bedrohlich sind. Nachrichten aus Danzig belügen, daß die unruhigen Elemente sich vermehrt haben. In Oberschlesien wird von den Sozialisten eine harte Propaganda, vor allem durch Flugblätter betrieben. Hier fügen die Streikenden zu den obengenannten Forderungen noch die Deckung der Grenzen nach Polen und Rußland sowie die Aufnahme des Verkehrs mit Rußland hinzu. In Wilhelmshaven wird mit aller Deutlichkeit auf eine zweite Revolution hingewiesen, die im Mai 1919 organisiert sein werde, daß über ganz Deutschland der Generalstreik ausgedehnt werden soll.

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird von amtlicher Stelle als sehr schlecht bezeichnet. Überall werden Unruhen befürchtet, die vor allem auf die schlechte Lebensmittellieferung zurückzuführen seien. Im Dortmunder Bezirk haben die Arbeiter in etwa 50 Betrieben die verfassungsmäßige Arbeitszeit erzwingen. Bei 14 Betrieben wurde die sechsstündige Arbeitszeit, bei 6 Betrieben die 7-Stundenarbeitszeit, bei 20 die 7½-Stundenarbeitszeit eingeführt. Auf 30 Betrieben wird getreift. In Dortmund und in der Umgebung von Dortmund soll der Streik sich auf alle größeren Werte ausgedehnt haben, mit der Forderung der Einführung der 6-Stundenarbeitszeit und einer Spartenweise Kohnerhöhung.

In Wilhelmshaven demonstrieren die Arbeiter wegen der Verletzung der Nahrungsmitteleinsparungen. In der Bevölkerung besteht die Befürchtung vor größeren Unruhen, wozu die Arbeiter zu den Arbeiterräten noch beitragen. Auch hier wird eine wirksame Agitation für den Generalstreik entfacht.

Auch in Bochum ist die Stimmung äußerst schmutzig. Beim Eisen- und Stahlwerk Hoesch, das etwa 5000 Arbeiter beschäftigt, ist der Streik ausgebrochen.

Die Regierung beschäftigt, bei der Beteiligung der Lebensmittel in erster Linie die Industrie- und Bergwerksbetriebe zu berücksichtigen.

Die Pariser Konferenz.

Paris. Die Konferenz, die es nicht der Völkerbund gewesen ist, der einer Beschlusnahme des Friedens im Wege gestanden, hat einen guten Eindruck gemacht. Unter dem Eindruck der Beschlusnahme ist man auch zu manchen gegenseitigen Zugeständnissen bereit zu sein. In der Frage der Kriegsentschädigung erhält man gute Erfolge von der Zusammenkunft mit den deutschen Finanzministern in Versailles, mit denen man über die deutsche finanzielle Leistungsfähigkeit beraten wird. Schon sind viele Franzosen zu dem amerikanischen und englischen Standpunkt übergekommen, daß es keinen Zweck hat, mehr zu verlangen, als die Zentralbanken auch bei längeren Standstillen zahlen können. Es heißt, es sei ein amerikanisches Syndikat in Bildung begriffen, das alles, was Deutschland zum Laufen anbedürft, gleichwohl als Produkte der Wertpapiere — zu übernehmen und als Grundlage eines allgemeinen Kredits für Deutschland zu veranlassen bereit sei. Diese Lösung wird von sehr einflussreichen Kreisen in den amerikanischen Finanzkreisen unterstützt und befürwortet.

Die Gebiets- und Finanzsprache Frankreichs.

Paris. Die der „Welt“ veröffentlichte, enthält sehr wichtige Probleme, die unmittelbar die Gestaltung Deutschlands betreffen, im Vorrat in verständlicher Weise. Nach dem „Welt“ sollen die Gebietsfragen, die mit der Sicherheit Frankreichs zusammenhängen, eine Frankreich zurechnende Lösung erfahren haben, obwohl dies in einer von der Öffentlichkeit nicht vorhergesehenen Weise geschehen sei. Die Zeitung glaubt, daß man in der Finanzfrage sich für eine Zahlung entscheiden werde, von denen Frankreich keinen Anteil erhalten würde, so daß kein Budget in Zukunft Mängel erleidet würde.

Paris. Der endgültige Friedensvertrag wird im Spiegelbild zu Versailles unterzeichnet werden. Weimar. An der Angelegenheit der Landung polnischer Truppen in Danzig laute am 27. März General Koch folgendes Telegramm an General Auland: Da ich nach keine Antwort erhalten habe, betr. des Transportes der polnischen Truppen durch Danzig beantrage ich Sie, um die Lösung der Frage zu beschleunigen, die deutsche Regierung einzuladen, einen Bevollmächtigten nach Spa zu entsenden, welcher im geeigneten Fall, nicht in Person zu gehen, General Hammerstein wird geschickt, so schnell wie irgend möglich den Namen des deutschen Bevollmächtigten, der gewählt worden ist, mitzuteilen, ebenso das Datum, an welchem er sich nach Spa begeben haben wird.

Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Die Aufnahme des Handels mit den Verbundländern. Guten Bernehmen nach besteht beim Verband die Absicht, den Handel mit dem deutschen besetzten Gebiet, aber darüber hinaus auch mit dem unbesetzten Teil Deutschlands, wieder in Gang zu bringen, um allmählich wieder normale Zustände herbeizuführen. Ueber die Art, wie das geschehen soll, schweben zurzeit noch Ermahnungen. Insbesondere bietet die Frage der Zahlungen für Ein- und Ausfuhr nach gewisse Schwierigkeiten, die beseitigt werden müssen, ehe auch die Zollbehandlung der nach dem unbesetzten Gebiet Deutschlands zur Einfuhr gelangenden Waren. Man hat indes die Hoffnung, daß es gelingen wird, diese Schwierigkeiten in absehbarer Zeit zu beseitigen. Dies gilt insbesondere auch für den Verkehr mit England, nachdem der Verkehr mit Frankreich über Elbehäfen hinweg schon seit einiger Zeit wieder in Gang gekommen ist.

Minister Bauer gegen die weitere Verkürzung der Arbeitszeit. So. Bei der Direktion der Deutschengrundbesitzer Bergwerks- und Hütten-Unterschiedsamt ist zu dem Antrag der Arbeiter auf Verkürzung der sechsstündigen Arbeitszeit folgendes Telegramm eingegangen:

Worms (S. 10), 27. März. Verkürzung der Arbeitszeit auf sechsstündig oder sechs Stunden ist unmöglich, wenn unter Wirtschaftlichen wieder in Gang gebracht werden soll. Hunderttausende von Arbeitern müßten feiern, weil die Betriebe keine Kohlen haben. Die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln aus dem

Ausland kann nur durchgeführt werden, wenn wir Kohlen in Zahlung geben. Das ganze deutsche Volk erwartet deshalb, daß die Kohlenförderung gesteigert, nicht aber herabgesetzt wird. Verkürzung der Arbeitszeit bedingt zudem Kohlenausfälle, weil für sechs Stunden Arbeit nicht der gleiche Lohn gewährt werden kann, wie für acht Stunden. Lohnausgleiche würden Erhöhung der Kohlenpreise notwendig machen. Solches kann nicht bewilligt werden. Soll unter Wirtschaftlichen in Gang kommen, muß Herabsetzung der Kohlenpreise erfolgen.

Zur Tagung des Reichsbürgerrats.

Berlin, 31. März. Im weiteren Verlauf der Verhandlung des Reichsbürgerrats betonte bei der Debatte über die Aufgaben der Bürgerräte Dr. Grotz aus Dresden, daß der Kampf gegen die sozialistische Weltanschauung, den man führen müsse, nicht ein Kampf gegen die Arbeiterschaft sei, sondern nur gegen die Idee selbst. Dr. Köhler (Berlin) führte aus, daß das Bürgertum sich endlich zum Widerstand organisieren müsse, auch mit der Waffe. Die Arbeiter müßten auf wirtschaftliche Funktionen beschränkt bleiben. Dr. (Frankfurt a. M.) führte aus, ein großer Teil des Bürgertums lehne sich nicht mehr nach den früheren Zuständen zurück. Die Revolution habe trotz der Widerstände doch den Weg freigemacht für die Gleichberechtigung. Wenn der allgemeine Kampf gegen den Sozialismus gepredigt werde, so verberge sich dahinter mehr oder weniger Geldinteresse. Die Ausführungen führten zu großem Lärm in der Versammlung, den der Vorsitzende beschwichtigte, indem er ausführte, daß, wenn das die Gleichberechtigung des Bürgertums wäre, man keine russischen Diktatoren mehr brauche. Wenn dem Bürgertum die gleichen Rechte verweigert würden, sollte man allerdings zum Generalstreik der Bürger greifen. Es wurde schließlich folgende Entschließung angenommen:

Solange eine verfassungsmäßige Verfassung, wie sie mit den Verhältnissen für die Arbeiter erstrebt wird, verfassungsmäßig eingerichtet werden sollte, fordert der Reichsbürgerrat von den Reichsregierungen, der Nationalversammlung und den politischen Parteien mit aller Entschiedenheit, daß auch allen anderen erwerbsfähigen Bevölkerungsschichten einschließlich der freien Berufsstände Gleichberechtigung mit den Arbeitern auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet verfassungsmäßig gewährleistet wird. Sollte dieses berechtigte Verlangen des Bürgertums nicht auf dem Verhandlungsweg erreicht werden, so wird der Reichsbürgerrat beauftragt und ermächtigt, die Gleichberechtigung des Bürgertums mit allen zutreffenden Mitteln, auch des bürgerlichen Generalstreiks, zu veranlassen und zu erzwingen. Nach Erledigung weiterer Anträge wird die Tagung geschlossen.

Der „Vorwärts“ kennzeichnet den Reichsbürgerrat in seinem heutigen Bericht als eine gegenrevolutionäre Organisation.

Am Deutschlands künftige Westgrenze.

Amsterdam. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird aus Paris gemeldet, daß die jetzt vorübergehende Furcht bezüglich der Westgrenzen Deutschlands die ist, daß der Rhein die militärische und vorläufig auch politische Grenze zwischen dem neuen Deutschland bilden müsse. Man müsse nicht allein Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß das linke Rheinufer wieder eine Basis für den Angriff gegen Frankreich wird, sondern auch ein Mittel haben, um Druck auf Deutschland auszuüben.

Cloud George für die Abrüstung.

Amsterdam. Eine New Yorker Zeitung zufolge enthält die Völkerbundsausgabe des „Manchester Guardian“ eine Rede Cloud Georges über den Völkerbund, in der er schreibt, daß alle Hoffnungen, um der Welt die Wiederholung der unermesslichen Verluste von 1914 zu ersparen, sich auf die Ausbreitung praktischer Mittel beziehen, durch die die Nationen der Erde in den Stand gesetzt werden, die gemeinsamen Angelegenheiten der Welt in freundschaftlicher Zusammenarbeit statt in eifersüchtiger Nebenbuhlergeiz zu führen. Der Völkerbund wäre ein Erfolg, wenn er nichts anderes ist als ein neuer Friede auf internationaler Organisation. Es komme vor allem darauf an, daß die Mitglieder dieser Organisation wahrhaft entschlossen seien, in enger Gemeinschaft für eine bessere Welt und die Freiheit der Völker zu arbeiten. Die Nationen müßten sich dazu verpflichten, daß der Völkerbund zum wirksamen Werkzeug für die Lösung jedes internationalen Problems gemacht werde, indem sie sich bereit zeigten, für den Völkerbund Opfer zu bringen. Amerika und England müßten den praktischen Beweis liefern, daß sie an den Völkerbund glauben. Die Abrüstung ist die wesentliche Bedingung für den Erfolg des Völkerbundes. Man könnte nicht erwarten, daß die durch den Krieg verwüsteten Nationen ihre verheerenden Länder dem Schatz des Völkerbundes anvertrauen, wenn die Mitglieder des Bundes selbst wüßten, Vertrauen in seinen Schutz zu legen. Wenn man eine Welt der Nationen errichte, so die Brüderlichkeit unter den Völkern der Erde zu vergrößern, zugleich aber die Herrschaft und Flotten vergrößern, um mächtigen Bruderherrschaft zu gewährleisten, dann mache man dieses große Ideal zum Gesetz.

Das Mehl aus Amerika.

Der „Vorwärts“ meldet: Der amerikanische Dampfer „West-Cornwall“, der am Donnerstag im Hamburger Hafen mit der Ladung seiner Ladung begonnen hat, brachte uns, einzigen früheren Weltbörse, lediglich 6000 Tonnen kalifornisches Weizenmehl, keine Lebensmittel anderer Art. Das Mehl ist aus bestem Weizen hergestellt, niedrig ausgemahlen, von großer Weiche und nach hochmännlichem Urteil von vorzüglicher Qualität. Die Ladung des Dampfers ist für Hamburg, Bremen, Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg bestimmt. Voraussichtlich wird der Mehlpreis auf zwischen 90 Pfennig und 1,00 Mark liegen. Es liegt somit auf der Hand, daß wir großes Interesse daran haben, nicht mehr als für unsere Volksernährung unbedingt geboten ist, aus dem Ausland zu beziehen. Die Bezahlung wird teils in bar, teils durch Lieferung von Exportartikeln aller Art erfolgen, unter denen voraussichtlich Ralf eine wichtige Rolle spielen wird.

Kleine Mitteilungen.

Paris. Der Generaldirektor der Friedenskonferenz, Dantais, trifft jetzt in Versailles Vorbereitungen für den Vorfriedenskongress. Die deutschen Bevollmächtigten und ihre Begleiter — man schätzt ihre Zahl auf etwa 200 — sollen im Rathaus untergebracht werden. Die Vorbereitungen werden mindestens drei Wochen dauern, daher wird der Vorfriedenskongress frühestens am Tage nach Dantais zuammensitzen können.
